

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

### INHALT

- |   |  |
|---|--|
| 5. Finanzlage der Gemeinden   | 8. Abgabenertragsanteile der Gemeinden<br>Februar 2021   |
| 6. Beitragsabrechnungen Gemeindeverbände -<br>Vorgangsweise ab Rechnungsabschluss<br>2020 | 9. Abgabenertragsanteile der Gemeinden<br>Jänner bis Februar 2021<br><i>Verbraucherpreisindex für<br/>Dezember 2020 (vorläufiges Ergebnis)</i> |
| 7. Tiroler Landesverfassungsrecht - Erster<br>Großkommentar zur Landesordnung 1989        |  |

## 5.

### Finanzlage der Gemeinden

#### I. Einleitung:

Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) sieht als Haushaltsgrundsatz die Veranschlagung und Rechnungslegung mittels eines integrierten Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalts vor. Dieses integrierte System der drei Haushalte stellt einen umfangreichen Systemwechsel ab dem Finanzjahr 2020 in Bezug auf die Haushaltsbestimmungen im Gemeindebereich dar.

Ziel der VRV 2015 ist es, eine möglichst getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage (Liquiditäts-, Ressourcen- und Vermögenssicht) aller Gebietskörperschaften sicherzustellen. Der Ergebnishaushalt (auf Basis von Erträgen und Aufwendungen) setzt sich aus dem Ergebnisvoranschlag und der Ergebnisrechnung, der Finanzierungshaushalt (auf Basis von Einzahlungen und Auszahlungen) aus dem Finanzierungsvoranschlag und der Finanzierungsrechnung zusammen. Der Vermögenshaushalt ist zumindest als Vermögensrechnung zu führen. Das neue Drei-Komponenten-Rechnungswesen bringt für den Voranschlag und den Rechnungsabschluss einen neuen Aufbau und neue Inhalte mit sich und weist einen in sich geschlossenen Zusammenhang auf.

Bis zum Finanzjahr 2019 war die VRV 1997 mit einem kameralen Buchführungssystem anzuwenden. Ab dem Finanzjahr 2020 gelten die Bestimmungen der VRV 2015 und somit ein doppeltes kommunales Buchführungssystem. Aufgrund dieser Systemumstellung wurde auch die Berechnung der Finanzlage der Gemeinden auf die Grundsätze der VRV 2015 angepasst. Für die Finanzlagenberechnung wurde in der Gemeindeanwendung 3.0 ein standardisierter Bericht erstellt, in dem verschiedene Kennzahlen dargestellt werden. Durch diesen Bericht soll eine Beurteilung dahingehend möglich sein, ob der jährliche laufende Schuldendienst der Gemeinde bedeckt ist und ob eine weitere Darlehensaufnahme für die Gemeinde tragbar ist. Die Berechnung erfolgt auf Basis eines durch die Gemeinde selbst bereitgestellten Gemeindehaushaltsdatenträgers (GHD), in dem die Rechnungsabschlussdaten der Gemeinde in elektronischer Form enthalten sind.

Die grundsätzliche Logik der Finanzlagenberechnung wurde dabei beibehalten, d.h., wenn in der Vergangenheit eine Darlehensaufnahme von der Aufsichtsbehörde positiv zu beurteilen war, ist dies auch nach dem neuen System der VRV 2015 bzw. nach der neuen Finanzlagenberechnung weiterhin grundsätzlich möglich.

## II. Finanzlagenberechnung:

Die Finanzlagenberechnung basiert auf den Werten der beschlossenen Rechnungsabschlüsse der Gemeinden. **Es wird dabei ein fünfjähriger Betrachtungszeitraum verwendet** (bisher wurde die Finanzlage anhand eines dreijährigen Betrachtungszeitraums berechnet). D.h. für die Berechnung werden im Finanzjahr 2021 vier Jahre nach dem kameralen System der VRV 1997 herangezogen (Finanzjahre 2016 bis 2019) und ein Jahr nach dem System der VRV 2015 (Finanzjahr 2020).

Die Gemeinden trennen die Gebarung in eine **laufende** (= regelmäßig wiederkehrende Mittelaufbringung und Mittelverwendung) und in eine **einmalige** (nach Art oder Höhe zeitlich vereinzelte Mittelaufbringung und Mittelverwendung) Gebarung. Dies passiert in der Praxis bei der Gemeinde über eine getrennte Verbuchung auf Kontenebene (siehe dazu Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe September 2019 - Nr. 44 und Ausgabe November 2020 - Nr. 55).

Die Berechnung der Finanzlage erfolgt grundsätzlich anhand der Werte des Ergebnishaushalts, weil im Ergebnishaushalt Erträge und Aufwendungen periodengerecht zugeordnet werden. Ein Ertrag ist der Wertzuwachs, unabhängig vom konkreten Zeitpunkt der Zahlung. Ein Aufwand ist der Wertverbrauch, unabhängig vom konkreten Zeitpunkt der Zahlung. Für die Berechnung werden jedoch nur zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen berücksichtigt. Zahlungswirksam bedeutet, dass ein Zufluss bzw. Abfluss von liquiden Mitteln im Gemeindehaushalt erfolgt. Die Differenz aus den zahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen ergibt den **finanzierungswirksamen Ergebnisüberschuss**.

### **Laufender finanzierungswirksamer Ergebnisüberschuss (Bruttoüberschuss)**

Ausgehend vom finanzierungswirksamen Ergebnisüberschuss werden einmalige finanzierungswirksame Erträge wie Bedarfszuweisungen für Investitionen, Erträge aus Veräußerungen und sonstige einmalige Erträge abgezogen und einmalige finanzierungswirksame Aufwendungen wie Kapitaltransfers (z. B. Investitionszuschüsse an GV) und sonstige einmalige Aufwendungen (z. B. einmalige Instandhaltungen) hinzugerechnet. Anschließend erfolgt eine Hinzurechnung des laufenden Zinsaufwandes für

Darlehen (Anmerkung: dieser wurde bereits bisher bei der Berechnung des Bruttoüberschusses nicht in Abzug gebracht und ist in der Position finanzierungswirksame Aufwendungen enthalten) und des laufenden Zinsaufwandes für Finanzierungsleasing sowie eine Hinzurechnung von Annuitätenzuschüssen bzw. Schuldendienstesätzen (Konto 3008 aus dem Finanzierungshaushalt).

Daraus ergibt sich der **laufende finanzierungswirksame Ergebnisüberschuss (Bruttoüberschuss)**.

Der **Bruttoüberschuss** ist jener Betrag, der der Gemeinde nach Erfüllung der Verpflichtungen der laufenden Wirtschaftsführung zur Bedeckung des Schuldendienstes und für einmalige Mittelverwendungen verbleibt.

Dieser Bruttoüberschuss ist nicht nur Ausgangsbasis für die Beurteilung der Kreditfähigkeit einer Gemeinde, sondern auch ein Gradmesser für die Beurteilung der Finanzlage der Gemeinde: Je höher er ist, desto mehr Mittel verbleiben der Gemeinde zur freien Verfügung und desto größer ist daher ihr finanzieller Spielraum, der für den Schuldendienst und zur Finanzierung einmaliger Mittelverwendungen (Investitionen, Investitionsförderung, u.ä.) zur Verfügung steht. Je höher allerdings der Schuldendienst wird, umso geringer wird dann der finanzielle Spielraum, da der Schuldendienst eine vertragliche Verpflichtung der Gemeinde darstellt.

### **Frei verfügbare Mittel (Nettoüberschuss)**

Die frei verfügbaren Mittel (Nettoüberschuss) errechnen sich aus dem **Bruttoüberschuss abzüglich des laufenden Schuldendienstes** (laufende Schuldentilgung und Zinsaufwand).

### **Verschuldungsgrad**

Der Verschuldungsgrad dient als wesentliche Kennziffer zur Beurteilung der Verschuldungssituation und der Finanzlage einer Gemeinde. Der **Verschuldungsgrad** sagt aus, welcher prozentuelle Anteil des Bruttoüberschusses der laufenden Gebarung für den laufenden Schuldendienst aufgewendet werden muss. Der Verschuldungsgrad einer Gemeinde ergibt sich aus dem **Verhältnis des jährlichen Schuldendienstes zum Bruttoüberschuss**. Je höher dieser Prozentsatz ist, desto höher ist die Verschuldung der Gemeinde. Nach dem Verschuldungsgrad werden die Gemeinden in folgende Gruppen eingeteilt:

Jährlicher Schuldendienst in Prozent des Bruttoüberschusses:

0 bis 20 %	<b>Geringe Verschuldung</b>
über 20 bis 50 %	<b>Mittlere Verschuldung</b>
über 50 bis 80 %	<b>Starke Verschuldung</b>
über 80 bis 100%	<b>Vollverschuldung</b>

Die Einteilung erfolgt dabei in vier Kategorien. Bei einer Verschuldung bis 20 % wird von geringer Verschuldung ausgegangen. Über 20 bis 50 % liegt eine mittlere Verschuldung vor. Über 50 bis 80 % ist eine starke Verschuldung gegeben. Vollverschuldung wird bereits dann angenommen, wenn der Grad der Verschuldung einer Gemeinde mehr als 80 % beträgt. Das bedeutet, dass die betreffende Gemeinde gerade noch in der Lage ist, den Schuldendienst aus eigener Kraft zu decken aber nur mehr einen sehr geringen oder keinen finanziellen Spielraum für Investitionen hat.

Eine Kategorisierung der Gemeinden nach Verschuldungsgrad-Gruppen kann jedoch keine absolut eindeutige Aussagekraft hinsichtlich der Verschuldungssituation einer einzelnen Gemeinde erzielen. Aufgrund der vorgegebenen Abstufungen kann im Extremfall eine Gemeinde mit einem Verschuldungsgrad von 51 % in dieselbe Kategorie fallen, wie eine Gemeinde mit 80 %, wobei die individuelle Verschuldungssituation der beiden Gemeinden trotz Zuordnung in die gleiche Kategorie immer noch recht unterschiedlich ausfallen kann.

Zur präzisen Beurteilung der Finanzlage einer Gemeinde ist es unerlässlich, den Gemeindehaushalt in all seinen Detailbereichen, die Entwicklung der Werte sowie auch die ausgelagerten Bereiche genauer zu betrachten.

### III. Beurteilung einer Darlehensaufnahme

Die Feststellung, ob die Tilgung und Bedienung der Zinsen eines Darlehens gesichert sind, also die Prüfung der "Tragbarkeit der Darlehensaufnahme", unterliegt eigenen Grundsätzen, weil hier die in der Privatwirtschaft üblichen Verfahren (z. B. Eigenkapitalquote) aufgrund der Struktur des Gemeindehaushaltes nicht anwendbar bzw. anders zu interpretieren sind. Der Großteil des Gemeindevermögens ist für die Erfüllung der Pflichtaufgaben der Gemeinde notwendig. Eine Veräußerung bzw. Verwertung ist nur bedingt möglich.

Um die **Tragbarkeit einer Darlehensaufnahme** beurteilen zu können, muss zuerst der **durchschnittliche Bruttoüberschuss** ermittelt werden. Bei der Ermittlung des durchschnittlichen Bruttoüberschusses sind die Ergebnisse der letzten fünf Jahre heranzuziehen, aus denen der Durchschnitt errechnet wird. Von diesem Durchschnittswert sind 20 % als Sicherheitsfaktor (zum Auffangen der jährlichen Schwankungen und als Reserve für unvermeidbare einmalige Mittelverwendungen) abzuziehen. Der verbleibende Betrag wird als **reduzierter durchschnittlicher Bruttoüberschuss** bezeichnet.

#### Berichtigungen:

Es kann vorkommen, dass beim Bruttoüberschuss größere Schwankungen auftreten. In diesem Fall ist die Ursache zu erheben. Kam diese bspw. auf Grund einer unrichtigen oder fehlerhaften Verbuchung von Mittelverwendungen oder Mittelaufbringungen zustande (z. B. einmalige Mittelverwendungen oder Mittelaufbringungen werden als laufende behandelt oder umgekehrt) so ist dies entsprechende zu berichtigen.

#### Zukünftige Entwicklung - Interpretation:

Anschließend erfolgt auf Grund der bereits aufgenommenen oder der vom Gemeinderat beschlossenen aber noch nicht zugezählten Darlehen die Ermittlung des künftigen laufenden jährlichen Schuldendienstes. Neben dem Schuldendienst für Darlehen wird auch der Schuldendienst für Finanzierungsleasing in der Berechnung berücksichtigt.

Hierzu sind für jedes Darlehen mindestens folgende Daten erforderlich:

Darlehensbetrag, Laufzeit (Tilgungslaufzeit), Zinssatz sowie die aus diesen drei Faktoren abzuleitende bzw. aus dem Tilgungsplan zu entnehmende Annuität.

Bei der Ermittlung des künftigen laufenden jährlichen Schuldendienstes sind nicht nur die bereits aufgenommenen und im Rechnungsabschluss des letzten Jahres enthaltenen Darlehen zu berücksichtigen, sondern auch die bereits vom Gemeinderat beschlossenen aber noch nicht oder nicht voll zugezählten Darlehen. In solchen Fällen ist der volle aus dem Tilgungsplan zu entnehmende oder aus dem Darlehensbetrag, der Tilgungslaufzeit und dem Zinssatz zu errechnende bzw. zu schätzende künftige laufende jährliche Schuldendienst einzusetzen bzw. auf diesen hochzurechnen.

In die Beurteilung der Finanzlage können auch der Voranschlag des laufenden Finanzjahres bzw. der mittelfristige Finanzplan miteinbezogen werden. Es ist jedoch darauf zu achten, dass es sich dabei lediglich um Planungswerte handelt (z. B. eine hohe Annuität läuft im laufenden bzw. im nächsten Finanzjahr aus; Erfordernis einer Darlehenszwischenfinanzierung einer erst in zwei Jahren fließenden Bedarfszuweisung; welche weiteren Investitionsvorhaben stehen an und wie werden sie finanziert etc.).

Allfällige künftige Änderungen mit größeren positiven (z. B. ein höheres Steueraufkommen durch neu angesiedelte Betriebe) oder negativen Abweichungen (z. B. Steuerausfälle durch Auflassen von Betrieben oder Folgekosten durch die Inbetriebnahme neuer Gemeindeeinrichtungen) können dabei nur geschätzt werden.

Ergibt sich nach Berücksichtigung der vorstehend angeführten möglichen Auswirkungen auf den Bruttoüberschuss eine klar steigende Tendenz, dann könnte u.U. der Sicherheitsfaktor mit weniger als 20 % angenommen werden. Zeichnet sich hingegen eine erkennbar sinkende Tendenz ab, so müsste u.U. der Sicherheitsfaktor mit mehr als 20 % kalkuliert werden.

#### **Tragbarkeit einer Neuverschuldung:**

Zur Ermittlung, ob eine Darlehensaufnahme noch tragbar ist oder nicht, wird der künftige jährliche laufende Schuldendienst dem **reduzierten durchschnittlichen Bruttoüberschuss** (nach Vornahme von allfälligen Anpassungen) gegenübergestellt: Ist ersterer Betrag geringer als letzterer, ist die Darlehensaufnahme noch tragbar. Je näher der Schuldendienstbetrag an den reduzierten durchschnittlichen Bruttoüberschuss herankommt, umso höher ist die Verschuldung der Gemeinde bzw. umso geringer ist der finanzielle Spielraum, der der Gemeinde noch verbleibt.

Für die **Tragbarkeit einer Darlehensaufnahme ist immer eine Einzelfallbeurteilung unter Gesamtbetrachtung der finanziellen Situation der Gemeinde durchzuführen**, wobei dabei auch Haftungen der Gemeinde entsprechend dem mit der Haftung verbundenen Risiko mit zu berücksichtigen sind.

§ 123 Abs. 2 TGO sieht diesbezüglich Folgendes vor:

Die Genehmigung ist zu versagen, wenn durch den Beschluss

- a) ein Gesetz oder eine Verordnung verletzt wird oder
- b) **eine unverhältnismäßig hohe Belastung der Gemeinde oder ein unverhältnismäßig hohes finanzielles Wagnis für die Gemeinde zu erwarten ist.**

Bei der Beurteilung, ob Auswirkungen im Sinne der lit. b zu erwarten sind, sind insbesondere die Größe der Gemeinde, ihre finanzielle Leistungsfähigkeit sowie Art und Umfang der von ihr zu besorgenden Pflichtaufgaben zu berücksichtigen. Unverhältnismäßigkeit liegt jedenfalls vor, wenn die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichtes oder die ordnungsgemäße Erfüllung der der Gemeinde gesetzlich obliegenden Aufgaben bzw. ihrer privatrechtlichen Verpflichtungen gefährdet würden.

#### **IV. Sonstige Bemerkungen zur Finanzlagenberechnung**

Die Finanzlage kann in der Gemeindeanwendung 3.0 unter dem Punkt Erhebung GHD des aktuellen Rechnungsabschlussjahres (GHD Jahr) unter „Berichte“ abgerufen werden.

In diesem Bericht sind auch weitere Kennzahlen, wie die Darstellung der lang- und kurzfristigen Schulden und der liquiden Mittel sowie eine fünfjährige Darstellung (Vergleich mit Vorjahren) der finanzierungswirksamen Erträge und ausgewählter Einzahlungen sowie der finanzierungswirksamen Aufwendungen dargestellt.

Zu allen Bestandteilen der neuen Finanzlage wird in diesem Zusammenhang auf die Änderungen bei Kontierungen aufgrund des Kontenplans der VRV 2015 sowie der darin vorgesehenen Buchungslogik (bspw. bei Anschlussgebühren oder Annuitätenzuschüssen) bzw. auf die Buchungsvorgaben der Abteilung Gemeinden hingewiesen. Dadurch ergibt sich teilweise eine veränderte Darstellung der Werte ab dem Finanzjahr 2020.

**Die Finanzlage ist von den Gemeinden als Bestandteil dem Rechnungsabschluss beizulegen.** Bevor der Bericht der Finanzlage ausgedruckt wird, ist darauf zu achten,

dass sämtliche Buchungen, die den Rechnungsabschluss betreffen, bereits durchgeführt wurden und im GHD enthalten sind. Der dann vorliegende Finanzlagebericht ist von der Gemeinde noch auf Plausibilität zu prüfen, um so z. B. Fehlbuchungen noch vor Aufnahme des Berichtes in den Rechnungsabschluss bereinigen zu können.

#### **Abschließender Hinweis für Gemeindeverbände:**

Für Gemeindeverbände sind die vorstehenden Inhalte nicht anzuwenden. Es kann jedoch für Gemeindeverbände

in der Gemeindeanwendung 3.0 unter dem Punkt Erhebung GVB des aktuellen Rechnungsabschlussjahres (GVB Jahr) unter „Berichte“ ein eigener Finanzlagenbericht mit angepassten Inhalten abgerufen werden, der dem Rechnungsabschluss beizulegen ist.

Der Bericht für Gemeindeverbände besteht aus einem Vergleich mit den Vorjahren von finanzierungswirksamen Erträgen und ausgewählten Einzahlungen sowie finanzierungswirksamen Aufwendungen.

## 6.

### **Beitragsabrechnungen Gemeindeverbände - Vorgangsweise ab Rechnungsabschluss 2020**

#### **I. Grundlagen**

Es sind die Ausführungen im **Merkblatt Jänner 2020** und im speziellen **§ 141 Abs. 3 TGO „Betriebsbeitrag und Abgangsdeckung der Gemeindeverbände“** zu beachten: Die durch **Einzahlungen nicht gedeckten Auszahlungen eines Gemeindeverbandes** sind auf die ihm angehörenden Gemeinden entsprechend ihren in der Satzung festgelegten Anteilen jährlich aufzuteilen. Es wird dabei auf den Finanzierungshaushalt (Anlage 1b VRV 2015) bzw. auf das Zahlungsflussprinzip abgestellt.

Der Verbandsobmann hat den Gemeinden nach dem Vorliegen des Rechnungsabschlusses unverzüglich die für dieses Jahr zu leistenden Beiträge schriftlich mitzuteilen. Nachzahlungen müssen die Gemeinden leisten. Aufgrund des Rechnungsabschlusses sich ergebende Guthaben sind auf die nächstfolgenden Vorauszahlungen bzw. auf den nächstfolgenden Beitrag (laut Rechnungsabschluss) anzurechnen.

Zusätzlich ist Folgendes in die Abrechnung einfließen zu lassen: Die Beitragshöhe wird auf die Liquiditätssituation des Gemeindeverbandes abgestellt. Fällige Rechnungen sollen fristgerecht beglichen werden können.

#### **II. Vorgangsweise ab Rechnungsabschluss 2020 - praktische Umsetzung**

Die Beitragsabrechnung baut auf den Zahlen im **Detailnachweis Finanzierungsrechnung** in Verbindung mit dem **Nachweis Finanzierungshaushalt Gesamt 1. Ebene** auf.

Die in der **Satzung** festgelegten bzw. die **gesetzlichen Aufteilungsschlüssel** sind zu beachten. Bei mehreren Ansätzen kann es daher notwendig sein, für diese jeweils eine gesonderte detaillierte Abrechnung zu erstellen.

Die im Rechnungsabschlussjahr verbuchten Beitragsnachzahlungen der Verbandsgemeinden bzw. Auszahlungen von Guthaben für das Vorjahr an diese sind bei der Abrechnung abzuziehen bzw. dazu zu zählen. D.h. es dürfen nur für das betreffende Rechnungsabschlussjahr geleistete Akontozahlungen in die Abrechnung einfließen (wichtig: es sind hier die **vorgeschriebenen** Akontozahlungen für das jeweilige Finanzjahr, ersichtlich im Ergebnishaushalt, zu verwenden).

Bewegungen bei den Zahlungsmittelreserven/ Haushaltsrücklagen sind dem Nachweis Ergebnishaushalt Gesamt 1. Ebene zu entnehmen.

Bei der Erstellung der Abrechnung sind die **operative und investive Gebarung** sowie die **Finanzierungstätigkeit getrennt zu betrachten:**

#### **Schuldendienstbeiträge:**

Finanzierungshaushalt Saldo 4 Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit - Beitragsabrechnung nach Schlüssel laut Satzung:

- Darlehensaufnahmen nicht berücksichtigen
- Darlehens-Sollzinsen aus operativer Gebarung berücksichtigen
- Annuitätenzuschüsse berücksichtigen

- nur Beitragskontozahlungen (Vorschreibungen) für das Rechnungsabschluss-Jahr berücksichtigen
  - ggf. weitere Hinzurechnungen/Abzüge berücksichtigen
- Es ist darauf zu achten, welche Verteilungsschlüssel in der Satzung für die jeweiligen Darlehen vorgesehen sind.

#### Investitionsbeiträge:

Finanzierungshaushalt Saldo 2 Geldfluss aus der Investiven Gebarung - Beitragsabrechnung nach Schlüssel laut Satzung:

- Zahlungsmittelreserven/Haushaltsrücklagen zweckgebunden berücksichtigen
  - Annuitätenzuschüsse nicht berücksichtigen
  - nur Beitragskontozahlungen (Vorschreibungen) für das Rechnungsabschluss-Jahr berücksichtigen
  - ggf. weitere Hinzurechnungen/Abzüge berücksichtigen
- Es ist darauf zu achten, welche Verteilungsschlüssel in der Satzung für die Investitionen bzw. einzelne Vorhaben vorgesehen sind.

#### Betriebsbeiträge:

Finanzierungshaushalt Saldo 1 Geldfluss aus der Operativen Gebarung - Beitragsabrechnung nach Schlüssel laut Satzung:

- Zahlungsmittelreserven/Haushaltsrücklagen allgemein berücksichtigen
- Darlehens-Sollzinsen nicht berücksichtigen
- Schuldendienstbeiträge Verbandsgemeinden nicht berücksichtigen
- Annuitätenzuschüsse nicht berücksichtigen
- nur Beitragskontozahlungen (Vorschreibungen) für das Rechnungsabschluss-Jahr berücksichtigen
- ggf. weitere Hinzurechnungen/Abzüge berücksichtigen

Es wird empfohlen, eine **interne Kontrollrechnung** vorzunehmen: Die Summe dieser drei **Teilabrechnungen mit Gegenrechnung aller erfolgten o.a. Anpassungen zu Saldo 1, 2 und 4** muss dem **Saldo 5** Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung entsprechen. Diese Kontrollrechnung ist als Beilage mit dem Rechnungsabschluss in die Gemeindegliederung 3.0 hochzuladen.

**Zusätzlich ist in die Abrechnung die im Finanzierungshaushalt Gesamt 1. Ebene ausgewiesene Situation der liquiden Mittel mit einfließen zu lassen. Ein dort ausgewiesenes Minus sollte über die Abrechnung abgedeckt werden.**

Kontoüberziehungen sind bis zum Rahmen eines genehmigten Kassenstärkers zulässig. Die Behandlung dieser Thematik ist individuell für jeden Gemeindeverband zu betrachten, da hier zahlreiche Faktoren hineinspielen können (z.B. nicht voranschlagswirksame Gebarung). Es wird jedoch jedem Gemeindeverband empfohlen, eine gewisse Grundliquidität zur Verfügung zu haben, z.B. auch durch die Nutzung einer Zahlungsmittelreserve für allgemeine Haushaltsrücklagen. Ergeben sich aufgrund der **Beitragsabrechnung Nachzahlungen**, sind diese von den Verbandsgemeinden zu leisten; **Guthaben** werden auf die nächstfolgende Vorauszahlung bzw. den nächstfolgenden Beitrag (laut Folge-Jahresabrechnung) angerechnet.

#### III. Zusatzinformationen

Nach der Tiroler Gemeindeordnung 2001 hat die Beitragsabrechnung **zeitnah nach** Vorliegen des Rechnungsabschlusses, d.h. wenn dieser genehmigt (spätestens 31.03.) ist, zu erfolgen. Dies wird als **spätester Zeitpunkt** angesehen.

Die Durchführung der Abrechnung und Übermittlung an die Verbandsgemeinden zu einem **früheren Zeitpunkt** ist jedoch **ebenso möglich**. Damit ist das Einbuchen der Beitragsabrechnung im alten Jahr und somit auch die Zuordnung zum jeweiligen Finanzjahr möglich (Sichtbarkeit nur im Ergebnishaushalt, da die Zahlung erst im Folgejahr erfolgt). Bisher dabei vereinzelt erfolgte Zahlungsfluss-Verschiebungen über die Rechnungsgrenzung sind nicht mehr zulässig.

Nachzahlungen bzw. Guthaben sind je Verbandsgemeinde über die Kundenbuchhaltung einzubuchen.

Gemäß § 14 Abs. 1 VRV 2015 sind Sachverhalte bis zum **Stichtag über die Erstellung des Rechnungsabschlusses** (jener Tag, bis zu dem Buchungen in das alte Finanzjahr erfolgen) in die Abschlussrechnung aufzunehmen. Der **Zeitpunkt der Beitragsabrechnung** ist somit für die **Zuordnung zum jeweiligen Finanzjahr maßgeblich**.

Beispiel 1: Stichtag Erstellung Rechnungsabschluss 31.1. -

Beitragsabrechnung 28.1. - Einbuchung

Beitragsabrechnung in das alte Finanzjahr

Beispiel 2: Stichtag Erstellung Rechnungsabschluss 31.1. -

Beitragsabrechnung 10.4. - Einbuchung

Beitragsabrechnung in das neue, laufende Finanzjahr

# 7.

## Tiroler Landesverfassungsrecht Erster Großkommentar zur Tiroler Landesordnung 1989

Dieses im Herbst 2020 erschienene Werk bietet erstmals eine vertiefende Kommentierung der seit 1989 geltenden Tiroler Landesordnung.

Inhalt und Bedeutung der einzelnen Bestimmungen werden jeweils unter Berücksichtigung ihrer Entstehungsgeschichte sowie der maßgeblichen unions-, völker- und bundesverfassungsrechtlichen Vorgaben untersucht.

So es der Kontext nahelegt, werden auch Handhabung und Auslegung in der Staatspraxis beleuchtet. Bezüge zu wichtigen Ausführungsbestimmungen auf unterverfassungsrechtlicher Ebene werden hergestellt. Hinweise auf weiterführende Literatur und Judikatur runden die einzelnen Kommentierungen ab. Insbesondere auch die für die Gemeinden relevanten Bestimmungen der TLO 1989 werden umfassend kommentiert.

### Herausgeber

*Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Bußjäger*, Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre, Universität Innsbruck; Institut für Föderalismus

*Univ.-Prof. Mag. Dr. Anna Gamper*, Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre, Universität Innsbruck

*HR Dr. Christian Ranacher, MAS*, Amt der Tiroler Landesregierung, Verfassungsdienst

Bußjäger/Gamper/Ranacher (Hrsg)

### **Tiroler Landesverfassungsrecht Kommentar**

1202 Seiten, gebunden

ISBN: 978-3-7046-8478-3

€ 259,00 (inkl gesetzlicher MwSt)

Versandkostenfreie Lieferung in Österreich bei Bestellung auf: [www.verlagoesterreich.at](http://www.verlagoesterreich.at)

## 8.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Februar 2021

Ertragsanteile an	2020	2021	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	2.402.988	2.841.388	438.400	18,24
Lohnsteuer	29.448.681	29.256.721	-191.960	-0,65
Kapitalertragsteuer	2.958.457	3.309.999	351.542	11,88
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	450.156	455.258	5.102	1,13
Körperschaftsteuer	1.454.596	300.882	-1.153.714	-79,32
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	319	88	-231	-72,33
Stiftungseingangssteuer	10.167	9.536	-631	-6,20
Bodenwertabgabe	7.423	2.691	-4.732	-63,75
Stabilitätsabgabe	8.152	-1.513	-9.665	-118,56
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>36.740.939</b>	<b>36.175.050</b>	<b>-565.888</b>	<b>-1,54</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	24.027.006	22.272.823	-1.754.183	-7,30
Tabaksteuer	1.398.371	1.507.007	108.636	7,77
Biersteuer	65.909	216.157	150.248	227,96
Mineralölsteuer	3.374.114	4.475.547	1.101.434	32,64
Alkoholsteuer	144.094	137.024	-7.070	-4,91
Schaumweinsteuer	18.112	1.096	-17.016	-93,95
Kapitalverkehrsteuern	1.667	159	-1.508	-90,45
Werbeabgabe	118.306	101.611	-16.695	-14,11
Energieabgabe	855.881	814.371	-41.510	-4,85
Normverbrauchsabgabe	437.282	331.350	-105.932	-24,23
Flugabgabe	60.227	4.126	-56.102	-93,15
Grunderwerbsteuer	11.979.963	13.131.739	1.151.777	9,61
Versicherungssteuer	1.795.613	1.861.792	66.179	3,69
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.889.766	1.990.115	100.349	5,31
KFZ-Steuer	11.871	10.022	-1.849	-15,57
Konzessionsabgabe	270.138	293.655	23.517	8,71
<b>Summe sonstige Steuern</b>	<b>46.448.320</b>	<b>47.148.593</b>	<b>700.273</b>	<b>1,51</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Gesamtsumme</b>	<b>83.189.259</b>	<b>83.323.643</b>	<b>134.385</b>	<b>0,16</b>



## 9.

## Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Februar 2021

Ertragsanteile an	2020	2021	Veränderung	
			in Euro	in %
<b>Einkommen- und Vermögensteuern</b>				
Veranlagter Einkommensteuer	16.920.119	14.436.931	-2.483.188	-14,68
Lohnsteuer	54.840.339	51.070.082	-3.770.257	-6,87
Kapitalertragsteuer	3.948.003	4.764.622	816.619	20,68
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	900.312	910.516	10.203	1,13
Körperschaftsteuer	23.557.309	15.929.241	-7.628.068	-32,38
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	479	283	-197	-41,03
Stiftungseingangssteuer	11.855	10.388	-1.467	-12,38
Bodenwertabgabe	144.113	130.625	-13.488	-9,36
Stabilitätsabgabe	130.679	113.730	-16.949	-12,97
<b>Summe Einkommen- und Vermögensteuern</b>	<b>100.453.209</b>	<b>87.366.417</b>	<b>-13.086.792</b>	<b>-13,03</b>
<b>Sonstige Steuern</b>				
Umsatzsteuer	45.883.199	44.309.995	-1.573.205	-3,43
Tabaksteuer	3.120.220	2.932.629	-187.592	-6,01
Biersteuer	226.845	379.287	152.442	67,20
Mineralölsteuer	7.584.999	8.008.499	423.500	5,58
Alkoholsteuer	263.688	257.240	-6.448	-2,45
Schaumweinsteuer	28.957	-14.283	-43.241	-149,33
Kapitalverkehrssteuern	2.118	183	-1.934	-91,36
Werbeabgabe	219.402	198.628	-20.774	-9,47
Energieabgabe	1.684.831	1.983.861	299.030	17,75
Normverbrauchsabgabe	837.421	747.139	-90.282	-10,78
Flugabgabe	121.927	16.085	-105.842	-86,81
Grunderwerbsteuer	22.324.062	25.350.763	3.026.701	13,56
Versicherungssteuer	2.660.555	2.732.333	71.778	2,70
Motorbezogene Versicherungssteuer	3.779.532	3.980.230	200.698	5,31
KFZ-Steuer	134.794	128.317	-6.478	-4,81
Konzessionsabgabe	535.725	533.904	-1.821	-0,34
<b>Summe Sonstige Steuern</b>	<b>89.408.277</b>	<b>91.544.810</b>	<b>2.136.532</b>	<b>2,39</b>
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
<b>Gesamtsumme</b>	<b>189.861.486</b>	<b>178.911.226</b>	<b>-10.950.260</b>	<b>-5,77</b>

<b>VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR DEZEMBER 2020</b> (vorläufiges Ergebnis)		
	November 2020 (endgültig)	Dezember 2020 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2015</b>		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	108,8	109,4
<b>Index der Verbraucherpreise 2010</b>		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	120,4	121,1
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	131,9	132,6
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	145,8	146,6
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	153,4	154,3
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	200,6	201,7
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	311,8	313,5
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	547,3	550,3
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	697,3	701,1
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	699,6	703,4
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2020 beträgt 109,4 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat November 2020 um 0,6 Punkte gestiegen (November 2020 gegenüber Oktober 2020 + 0,2 Punkte). Gegenüber Dezember 2019 ergibt sich eine Steigerung um 1,3 Punkte (+ 1,2 %), für November 2020/2019 um 1,4 Punkte (+ 1,3 %).</p>		

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**

**Amt der Tiroler Landesregierung,**

**Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

[www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden](http://www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden)

*Für den Inhalt verantwortlich:* Mag. Christine Salcher

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck